

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(20. Ausschuß)**

**zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Uschi Eid,
Dr. Angelika Köster-Loßack, Wolfgang Schmitt (Langenfeld)
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/4713 –**

**zu den Großen Anfragen der Abgeordneten Dr. Uschi Eid,
Dr. Angelika Köster-Loßack, Wolfgang Schmitt (Langenfeld)
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksachen 13/1637, 13/1638, 13/3338 –**

**Politik der Bundesregierung und entwicklungspolitische Ansätze
zum Schutz der tropischen Wälder unter besonderer Berücksichtigung Brasiliens
(Teil I und Teil II)**

A. Problem

Im Jahre 1980 wurden weltweit etwa 7,5 Mio. Hektar Tropenwald vernichtet. Zwischen 1981 und 1994 stieg der jährliche Tropenwaldverlust auf durchschnittlich 15,4 Mio. Hektar an. Fast 50 % der tropischen Regenwälder sind bereits vernichtet. Die Ursachen für die Tropenwaldvernichtung sind vielseitig. Die wichtigsten sind die Nutzung der Flächen für landwirtschaftliche Zwecke und für Infrastrukturmaßnahmen sowie der Holzeinschlag.

Der Antrag enthält Ausführungen zu den Umständen, die im Zusammenhang mit der Tropenwaldvernichtung von Bedeutung sind. Sodann nennt er Kriterien und Forderungen, die die Bundesregierung beachten soll, um so zum Schutz der tropischen Wälder beizutragen.

B. Lösung

Der Ausschuß hat den Entschließungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der

Fraktion der SPD abgelehnt. Die Ablehnung wurde damit begründet, daß das Plenum bereits einen entsprechenden Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. angenommen habe und daß verschiedene Einschätzungen in dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht zuträfen.

Mehrheit im Ausschuß**C. Alternative**

Annahme des Entschließungsantrags.

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 13/4713 abzulehnen.

Bonn, den 14. November 1997

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Manfred Lischewski
Vorsitzender

Dr. Christian Ruck
Berichterstatter

Dr. Mathias Schubert
Berichterstatter

Dr. Uschi Eid
Berichterstatte

Dr. Irmgard Schwaetzer
Berichterstatte

Bericht der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Dr. Mathias Schubert, Dr. Uschi Eid und Dr. Irmgard Schwaetzer

I. Beratungsverfahren – allgemein

Der Deutsche Bundestag überwies den Antrag in seiner 108. Sitzung am 24. Mai 1996 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

II. Beratungsverfahren – mitberatender Ausschuß

Der mitberatende Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit empfahl in seiner Sitzung am 16. Oktober 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS, den Antrag abzulehnen.

III. Beratungsverfahren – federführender Ausschuß

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat über den Antrag in seiner 60. Sitzung am 29. Oktober 1997 beraten.

Die Fraktion der CDU/CSU erklärte dabei, der Ausschuß habe bereits über einen entsprechenden Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/7601 – beraten. Der Deutsche Bundestag sei in seiner Sitzung am 12. Juni 1997 der Empfehlung des Ausschusses, diesen Antrag anzunehmen, gefolgt (Drucksache 13/7932).

Die Lage den Tropenwald betreffend, sei weiterhin dramatisch. Dies zeigten auch die augenblicklichen Waldbrände in Indonesien und Malaysia. Die Rolle, die die Bundesregierung in sehr positiver Weise beim Kampf gegen die Vernichtung der Regenwälder spiele, sei zu Recht schon des öfteren im Ausschuß erwähnt worden. Es bleibe dabei, daß Deutschland alle Anstrengungen unternehmen müsse, den Tropenwäldern beim Capacity-Building zu helfen, also beim Aufbau von Institutionen, die eine Landnutzungsplanung oder eine Raumordnungsplanung erstellen. Nur so würden die Länder in die Lage versetzt, nachhaltige Forstwirtschaft und den Schutz von Primärwäldern zu betreiben. In dem oben genannten Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. sei dargelegt worden, wie man die Gemeinden und die Menschen vor Ort in die Maßnahmen zur Erhaltung des Tropenwaldes einbeziehen solle.

Erhöhte Anstrengungen seien im Energiebereich erforderlich, vor allem auch, um die Abholzung von Wäldern für den Brennholzbedarf einzuschränken. Die Schutzprojektpolitik solle vor allem da weiter verstärkt werden, wo die Wälder auf ein Minimum geschrumpft seien. Man müsse mit Schutzprojekten versuchen, den Fuß in der Tür zu behalten. Beispielsweise auf das Schutzprojekt in Côte d'Ivoire hingewiesen.

Ein wichtiger Punkt im Rahmen des Tropenholzhandels sei die Zertifizierung. Hier verweise man auf ein erfolgreiches Projekt in Malaysia, wo die dortige

Regierung dazu übergegangen sei, Konzessionen nur noch dann zu vergeben, wenn nach einem Modell der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH (GTZ) gewirtschaftet werde. Was die Tropenholznutzung angehe, so müßten auch andere Geber einschließlich Weltbank und Japan auf eine harte Linie eingeschworen werden.

In dem Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 13/4713, und ebenso in dem entsprechenden Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/5212, – diesen hat der Ausschuß in seiner Sitzung am 29. Oktober 1997 mitberatend abgelehnt – seien nach der Auffassung der Fraktion der CDU/CSU verschiedene Einschätzungen unzutreffend. Insbesondere das Problem Brasilien stelle sich im nachhinein wesentlich positiver dar, als dies in dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausdruck gelange. Man halte auch das Ansinnen beider Anträge, international Projekte im Primärwaldbereich kategorisch zu untersagen, für illusorisch ein wenig sinnvoll.

Die Fraktion der CDU/CSU beantragte, den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/4713 – abzulehnen.

Die Fraktion der F.D.P. schloß sich den Ausführungen der Fraktion der CDU/CSU zu dem Antrag an.

Die Fraktion der SPD brachte zum Ausdruck, die VN-Sondergeneralversammlung in New York habe deutlich gemacht, daß eine weltweite Konvention zum Schutz der Wälder wahrscheinlich ferner liege als je zu vor. Man müsse deshalb versuchen, mehr über bilaterale und multilaterale zwischenstaatliche Abkommen zum Erfolg zu gelangen. Die sogenannte

Vierer-Initiative auf der VN-Sondergeneralversammlung, die Deutschland, Brasilien, Singapur und Südafrika vorgestellt hätten, sei dort leider gescheitert. Die Fraktion der SPD wolle sich im Hinblick auf ihren eigenen Antrag zu der Thematik in der Drucksache 13/5212 bei der Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Stimme enthalten.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bemerkte zu der gleichzeitig beratenen Unterrichtung durch die Bundesregierung – Schutz und Bewirtschaftung der Tropenwälder – Tropenwaldbericht der Bundesregierung – 5. Bericht (Drucksache 13/8100) –, darin würde die Bedeutung der multinationalen Konzerne bei der Vernichtung des Tropenwaldes unterschätzt. Die Faktoren Armut, Brandrodung würden überbetont, der Gesichtspunkt wirtschaftliche Zusammenhänge dagegen werde vernachlässigt. Die Ansätze zum Erhalt des Tropenwaldes griffen zu kurz, wenn sie sich nur auf die Forstpolitik konzentrierten und die wirtschaftlichen Strukturen unverändert bleiben sollten. Es reiche nicht aus, wenn man auf eine freiwillige Kennzeichnung von Tropenholz aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung setze. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spreche die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen an und stelle auch insoweit ganz konkrete Forderungen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte, ihrem Antrag zuzustimmen.

Der Ausschuß lehnte den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/4713 – mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD ab.

Bonn, den 14. November 1997

Dr. Christian Ruck
Berichterstatter

Dr. Mathias Schubert
Berichterstatter

Dr. Uschi Eid
Berichterstatterin

Dr. Irmgard Schwaetzer
Berichterstatterin